

Standpunkte Wolfsburg

Meldungen und Meinungen der SPD-Fraktion Wolfsburg

Ausgabe November 2018

Editorial



Liebe Genossinnen und Genossen,

momentan wird in Wolfsburg das Thema Fusionsverhandlungen intensiv diskutiert. Die SPD-Fraktion hat sich – in einem gemeinsamen Antrag mit der FDP-Fraktion – für die Wiederaufnahme der Fusionsverhandlungen mit dem Landkreis Helmstedt ausgesprochen. Ich möchte Euch erläutern, warum wir das für notwendig halten.

Wolfsburg hat in den letzten Jahren einen großartigen Aufschwung genommen. Unsere Stadt wächst stetig. Das bedeutet aber andererseits, dass wir an den Rand unserer Möglichkeiten kommen. Wir brauchen neues Flächenpotenzial für Gewerbe- und Industrieansiedlung und für Wohnungsbau. Und wir müssen unsere Verkehrsinfrastruktur an die gestiegenen Anforderungen anpassen. Das alles können wir nicht isoliert in Wolfsburg lösen, sondern nur im Verbund mit den Nachbarn. Mit dem Landkreis Helmstedt führen wir Gespräche über eine Fusion. Aber damit die Region im nationalen und internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig bleibt, brauchen die Gebietsstrukturen in der Gesamtregion Braunschweig eine Neuausrichtung. Darum ist es notwendig, die Stadt Braunschweig und die anderen Nachbarn in die Verhandlungen einzubinden.

In dem Zusammenhang noch einige Anmerkungen zur Oberbürgermeisterwahl. Klaus Mohrs hat als Oberbürgermeister hervorragende Arbeit geleistet und Wolfsburg weit vorgebracht. Ich erinnere nur an seine Wohnungsbauoffensive, an die enormen Anstrengungen im Kita- und Krippenausbau, an das Schulmodernisierungsprogramm oder das Klinikum, das sich mit zukunftsweisenden Investitionen erfolgreich als kommunales Krankenhaus behauptet. Darum könnten wir uns eine Verlängerung seiner Amtszeit bis zur Kommunalwahl 2021 gut vorstellen. Aber eine OB-Wahl im nächsten Frühjahr ist für uns ebenso eine Option; denn wir sind sicher, dass Klaus Mohrs mit seiner Arbeit einen großen Rückhalt in der Bevölkerung hat.

Herzliche Grüße

Fraktionsvorsitzender

Das gab's im Rat

Ratsnotizen vom 14. November 2018

OB Klaus Mohrs für Fusionsgespräche. „Ich bin zutiefst von der Notwendigkeit regionaler Veränderungen überzeugt, um für die Zukunft das Gewicht unserer Region zu stärken“, erklärt Oberbürgermeister Klaus Mohrs auf eine Ratsanfrage zu Fusionsverhandlungen. Auch nach der Einstellung der Fusionsgespräche mit dem Landkreis Helmstedt hat es in vielen Bereichen kommunale Zusammenarbeit gegeben, mit positiven Ergebnissen. Ob die Fusionsverhandlungen mit Helmstedt wieder aufgenommen werden, entscheidet der Rat in seiner nächsten Sitzung.

Bebauungsplan für das Stufenhochhaus-Areal findet einstimmige Zustimmung.



Auf dem Gelände des ehemaligen Stufenhochhauses am Kurt-Schumacher-Ring (Detmerode) plant die Neuland eine neue Wohnanlage mit 220 Wohneinheiten. Detmerodes Ortsbürgermeister Ralf Mühlisch (SPD) freut sich über die Neubaupläne „sie werden die Herzen der Bürger erwärmen“

und unterstreicht, dass darunter auch 25 Prozent Sozialwohnungen entstehen werden.

Rat gibt grünes Licht für Bauprojekt in der Nordstadt.

Rund 60 Wohneinheiten sollen nach den Plänen des Investors auf der so genannten Dreiecksfläche an der Schulenburgallee entstehen. SPD-Fraktionschef Hans-Georg Bachmann argumentiert, dass nicht nur große Neubaugebiete benötigt werden. Sondern in allen Stadt- und Ortsteilen „wird neuer Wohnraum benötigt“. Das Projekt passe sich gut in die Umgebung ein, für die Nachtigall und andere geschützte Tierarten wird Ersatz geschaffen.

MTV Vorfelde erhält Investitionszuschuss.

Der MTV Vorfelde will sein Angebot im MTV-Center um einen zusätzlichen Kursraum erweitern. Der Rat gewährt hierfür einen Investitionszuschuss von 164.000 €.



„Das MTV-Center ist ein Erfolgsmodell. Und der Verein leistet viel bei der Integrationsarbeit“, sagt Ingolf Viereck, sportpolitischer Sprecher der SPD. Er weist zudem darauf hin, dass die Stadt nur ein Drittel der Kosten trage. Der Verein übernehme 235.000 Euro, der Landessportbund 100.000 Euro. Mit großer Mehrheit stimmt der Rat der Vorlage zu.

SPD-Fraktion lädt zum Runden Tisch Ehrenamt ein Mehr Unterstützung für ehrenamtliche Arbeit

Zu viel Bürokratie und zu wenig Nachwuchs – das sind die beiden Hauptthemen, die die Ehrenamtlichen in Wolfsburg derzeit beschäftigen. Das erfahren SPD-Bundestagsabgeordneter Falko Mohrs und SPD-Landtagsabgeordnete Immacolata Glosemeyer, die zum „Runden Tisch Ehrenamt“ eingeladen hatten. Erster Stadtrat Werner Borchering und Sozialdezernentin Monika Müller nahmen als städtische Vertreter an der Runde teil. Rund 30 Menschen, die sich in unter anderem in Sportvereinen, Schulen und Kindergärten, bei der Flüchtlingshilfe und im Rettungswesen engagieren, waren ins Haus der Jugend gekommen.



„Wir wissen, wie schwierig die Rahmenbedingungen für Ehrenamtliche mittlerweile sind, zum Beispiel durch die Einführung der neuen Datenschutz-Grundverordnung. Deshalb wollen wir heute von Ihnen hören, wo der Schuh drückt“, begrüßte Falko Mohrs die Teilnehmer. „Sie sind die Stützen dieser Stadt: Sie sorgen für Zusammenhalt und Sicherheit“, ergänzte Immacolata Glosemeyer und Monika Müller meinte zu den Anwesenden: „Sie machen Wolfsburg stark und halten die Stadt lebendig.“

Ursula Sandvoß, Vorsitzende des Stadtsportbundes, zählte einmal auf, welche Zeugnisse und Qualifikationen es bedarf, damit sich ein (junger) Mensch im Sportverein engagieren darf: erweitertes Führungszeugnis, Anerkennnis der Hallenordnung, Erste-Hilfe-Kurs, Übungsleiter-Lizenz. „Das kostet Geld und Zeit“, sagte Sandvoß. Durch den Wegfall des Zivildienstes würde vor allem den Organisationen im Sicherheits- und Rettungswesen der Nachwuchs fehlen, teilten deren Vertreter mit. Zudem bemängelten sie die „immer höheren Anforderungen“ zum Beispiel bei der Dienstkleidung und im Brandschutz. Die Stadt Wolfsburg tue schon einiges zur Stärkung des Ehrenamts, waren sich die Teilnehmer einig, aber natürlich gebe es auch Wünsche an die kommunale Ebene.

Sämtliche Anliegen, ob es der Wunsch nach einer von der Stadt finanzierten Anlauf- und Beratungsstelle, Anwohner-Parkscheine für Vereinsfahrzeuge oder die Aufhebung der starren Betreuungszeiten der Ganztagschule war, wurden aufgenommen und werden bearbeitet. „Wir werden Lösungen finden“, versprach die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Immacolata Glosemeyer. Im Frühjahr soll der nächste „Runde Tisch Ehrenamt“ der SPD stattfinden.

Wolfsburger und Gifhorner SPD-Politiker fordern Radwegeausbau Sülfeld - Wettmershagen

Die Lücken im Radwegenetz aus den Wolfsburger Nachbargemeinden müssen dringend in Richtung Wolfsburg geschlossen werden. Dieses Fazit zogen die SPD-Ratsfraktion Wolfsburg und die SPD-Kreistagsfraktion Gifhorn bei einem Treffen, das kürzlich stattfand. „Wenn wir Alternativen für den Autoverkehr in Wolfsburg schaffen wollen, müssen wir mehr für den Radverkehr tun. Da dürfen wir nicht an der Stadtgrenze Halt machen“, betonte SPD-Fraktionschef Hans-Georg Bachmann.

Nach der Sitzung waren sich die Politiker einig: Um den Verkehr in und um Wolfsburg zu entlasten, müssen schnell umsetzbare Maßnahmen angeschoben werden, wie beispielsweise der Lückenschluss des Radwegs entlang der Landesstraße L 321. „Von Wettmershagen bis Sülfeld sprechen wir über lediglich 1,5 Kilometer Radweg - jeweils etwa 750 Meter für die Stadt Wolfsburg und den Kreis Gifhorn – das muss doch möglich sein“, erklärte Bachmann.



Die SPD-Fraktionen von Wolfsburg und Gifhorn im Wolfsburger Rathaus

Unterstützung erhielten die Kommunalpolitiker inzwischen von den Landtagsabgeordneten Immacolata Glosemeyer (Wolfsburg) und Philipp Raulfs (Gifhorn): Bei einem Ortstermin an der Landesstraße sagten die Abgeordneten zu, sich im Landtag für den Radwege-Lückenschluss zwischen Sülfeld und Wettmershagen einzusetzen. „Die L 321 ist ein wichtiges Bindeglied zwischen Wolfsburg und dem Landkreis Gifhorn mit hohem Verkehrsaufkommen. Vor allem aus Sicherheitsgründen ist der Komplettausbau des Radwegs auf dieser hoch frequentierten Strecke notwendig. Und es sind auch noch Landesmittel da“, teilte Immacolata Glosemeyer mit.

Standpunkte Wolfsburg im Internet
www.fraktion.spd-wolfsburg.de

SPD fordert Aufwertung des Sara-Frenkel-Platzes – andere Fraktionen ziehen mit

WOLFSBURG. Die Bedeutung des Sara-Frenkel-Platzes und seines geschichtlichen Hintergrunds soll durch weitere Erläuterungen deutlich herausgestellt werden – das forderten in einem gemeinsamen Antrag die SPD-, FDP- und PUG-Fraktion so wie die Fraktion von Bündnis90/Die Grünen. Die Verwaltung wird in aufgefordert, Möglichkeiten und Vorschläge aufzuzeigen, wie eine Aufwertung umgesetzt ist, und dafür konkrete Kosten benennen.

„Wir möchten, dass durch zusätzliche Hinweise die Aufmerksamkeit auf die auf den Bänken befindlichen Tafeln gelenkt wird“, erklärte Iris Schubert, stellvertretende Kulturausschussvorsitzende. Die auf den Bänken angebrachten Hinweis- und Erläuterungstafeln sind laut den Antragstellern nicht deutlich genug erkennbar. Daher regen sie an, in der Nähe des Mahnmals eine sichtbar stehende Hinweistafel oder -stele zu installieren, die sowohl auf die weiteren Infotafeln auf den Bänken, als auch auf weitere Gedenkstätten in der Stadt hinweist. „Wir wünschen uns eine interaktive Informationsvisualisierung durch ansprechend gestaltete moderne Tafeln, die eventuell über QR-Codes Videos zur Geschichte Sara Frenkels verlinken. So kann man auch Jugendliche dazu animieren, sich mit der Thematik des Holocaust zu beschäftigen“, so Iris Schubert. „Vor Ort fehlt einfach das Momentum, das Aufmerksamkeit auf sich zieht und dazu anregt, sich die schreckliche Vergangenheit ins Bewusstsein zu rufen.“

Zudem sei auf den Tafeln überwiegend die Entstehung des Kunstwerkes auf dem Platz beschrieben und zu wenig über den historischen Hintergrund – wie beispielsweise die Vita von Sara Frenkel und die Situation der Zwangsarbeiter der damaligen Zeit, heißt es in dem Antrag weiter. „Bei einem solchen Denkmal sollte aber die Geschichte und nicht die Kunst im Vordergrund stehen“, meinte Iris Schubert.

Die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion erinnerte dabei an die Bürgerbefragungen auf dem Sara-Frenkel-Platz Anfang Juni:

„Kein einziger der Befragten wusste von der Existenz der Erläuterungstafeln. Auch wurde von einigen Befragten der Wunsch geäußert, den Platz besonders im hinteren Teil etwas mehr zu beleben, aufzuwerten und die Aufenthaltsqualität zu verbessern.“

Im Antrag wird die Verwaltung aufgefordert, Stilmittel zu finden, die insbesondere junge Menschen zwischen 16 und 30 Jahren ansprechen. Es sei ganz wichtig, dass die besondere Bedeutung dieses Mahnmals und der Geschichte Wolfsburgs auch in die nächsten Generationen fortwirkt. Die Meinung der Verwaltung in einer der vergangenen Ausschusssitzungen, dass die jetzige Gestaltung bewusst so gewählt worden ist, damit sich die Besucher den Platz selbst erschließen und entdecken können und keine Änderung angedacht ist, überzeugte die Antragsteller nicht. „Es hat sich doch deutlich gezeigt, dass dieser besondere Platz von den Wolfsburgern bisher nicht wie gewünscht wahrgenommen wird“, stellte Iris Schubert fest.



Sie führten die Aktion im Juni durch: Frank Helmut Zaddach (langjähriger Kulturausschussvorsitzender) und Iris Schubert

Impressum

Hrsg: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wolfsburg
Goethestraße 48, 38440 Wolfsburg,
☎ 05361-282802

E-Mail: spd-fraktion@stadt.wolfsburg.de;

Internet: www.fraktion.spd-wolfsburg.de

ViSdP: Hans-Georg Bachmann, Fraktionsvorsitzender

Redaktion: Hedi Rehse, Fraktionsgeschäftsführerin

Die nächste Ausgabe von **Standpunkte Wolfsburg** erscheint nach der Ratssitzung am 19. Dezember 2018.